

Sieger und Verlierer – der unterschiedliche Umgang der Siegermächte mit Deutschland nach 1945

Die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme der Siegermächte bedingten einen unterschiedlichen Umgang mit dem besiegten Deutschland/ den besiegten Deutschen!

Skizzieren Sie ausgehend von der Darstellung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ansichten den unterschiedlichen Umgang!

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin-Karlshorst am 7./8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Zugleich war, wenige Tage nach Hitlers Selbstmord, die staatliche Existenz des Deutschen Reiches beendet. Deutschland war weitgehend zerstört, militärisch erobert und von alliierten Truppen besetzt. Die Niederlage war vollständig. Es gab keine deutsche staatliche Autorität mehr. Doch damit kam es nicht zu dem von den Völkern unter großen Opfern ersehnten Frieden. Nachdem das gemeinsame Ziel der Siegermächte, die Zerschlagung des Faschismus, erreicht war, folgte, durch die ideologischen Differenzen begründet, ein zunehmendes Misstrauen innerhalb der Siegermächte. Speziell zwischen USA und UdSSR war dieses Misstrauen besonders stark ausgeprägt, da hier zwei Supermächte mit grundsätzlich verschiedenen Weltordnungsvorstellungen aufeinander trafen.

Um den Einfluss der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme auf Deutschland und dessen Bewohner zu verdeutlichen, muss man zunächst einmal die Gesellschaftsmodelle von den westlichen Siegermächten und der UdSSR erläutern.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei den beiden relevanten Gesellschaftsordnungen um zwei von Grund auf verschiedene Systeme. Während sich die westlichen Siegermächte auf eine freiheitliche, bürgerlich-demokratische Gesellschaftsordnung stützen, so vertritt die UdSSR zum damaligen Zeitpunkt eine totalitäre Ordnung – den Stalinismus.

Das freiheitliche bürgerlich-demokratische Gesellschaftsmodell ist das System, in dem wir heute alle leben. Es ist gekennzeichnet durch die allgemeinen Merkmale der Demokratie, also zum Beispiel durch die Menschen- und Bürgerrechte, den Pluralismus und der Gewaltenteilung. Die Legitimation der Macht geschieht mittels Wahlen, hierbei entscheidet die Mehrheit, wer die Regierung stellt. Die Minderheitsinteressen werden von der Opposition vertreten. Des Weiteren wird oft der Kapitalismus und die Marktwirtschaft als Merkmal einer bürgerlichen Gesellschaft genannt.

Der Stalinismus hingegen war gekennzeichnet durch ein Terrorregime bei dem die gesamte Machtkonzentration beim Vorsitzenden der Partei, der KPdSU, Josef Stalin lag. Als Mittel zu Aufrechterhaltung dieser Macht kam es zu mehreren sogenannten Säuberungsaktionen, bei denen unbeliebte oder, in Stalins Augen, zu mächtig gewordene Personen verbannt und/oder eliminiert wurden. Als prominentestes Opfer der Stalinistischen Säuberungswellen ist Leo Trotzki, der von Lenin selbst als sein Nachfolger vorgeschlagen wurde, zu nennen. Trotzki musste zunächst die Sowjetunion verlassen und wurde schließlich von Stalins Agenten in Mexico ermordet.

Diese Terrorpolitik wirkte sich zu Beginn des Krieges besonders ungünstig für die Sowjetunion aus, da fast alle militärischen Oberbefehlshaber der Terrorwelle zum Opfer fielen. Der Sowjetunion mangelte es an Offizieren, was im Laufe des Krieges jedoch durch die Anzahl der eingesetzten Soldaten wieder wett gemacht wurde. Die späteren Erfolge der UdSSR waren aufgrund der rücksichtslosen Kriegsführung mit hohen Opferzahlen verbunden. Verschiedene Quellen sprechen von 9 bis 13 Millionen gefallenen Soldaten. Dies alles lässt die Inhumanität des Systems erkennen. Doch nicht nur die Staatsbürger der Sowjetunion wurden kontrolliert und waren Repressalien

ausgesetzt, auch Medien und Wirtschaft unterlagen der vollständigen Kontrolle des Staates.

Nach dem Tode Stalins rechnete dessen Nachfolger, Nikita Chruschtschow, zwar formell mit dem Stalinismus ab, was einen Rückgang der Intensität des Terrors zur Folge hatte, sonst blieb jedoch alles beim Alten. Die Menschen wurden auch nach der Entstalinisierung nicht frei. Der Realsozialismus in der Sowjetunion war eben nicht eine, wie oft beschrieben, proletarische Demokratie. Er war weder demokratisch noch, wenn man die Zusammensetzung der Führungseliten genauer betrachtet, proletarisch, sondern einfach „nur“ eine „ganz normale“ Diktatur.

Eben jener Kontrast zwischen bürgerlicher Demokratie und realsozialistischer Diktatur, zwischen freier und unterdrückter Welt, also zwischen den Westmächten und der UdSSR bedingte durch deren unterschiedlichen Umgang mit Deutschland die Teilung des Landes.

Es war schon von vornherein klar, dass das Zweckbündnis zwischen der UdSSR und den Westmächten nach dem Krieg nicht lange bestehen bleiben würde, haben sie doch bereits vor dem Krieg so gegensätzliche Ansichten gehabt. Die USA und die Westmächte haben Anfangs Hitlerdeutschland in seiner aggressiven Außenpolitik gewähren lassen, da sie sich erhofften, so die UdSSR und damit die marxistische Ideologie stoppen zu können. Erst mit dem Überfall auf Polen und Frankreich wurde den späteren Westalliierten bewusst, dass von Deutschland auch eine Gefahr für ihre eigene Existenz ausgeht. Stalin hingegen ging, seitdem er den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt unterzeichnet hatte, nicht davon aus, dass Hitler es wagen würde, ihn zu attackieren. Da sowohl die Westmächte, als auch die Sowjetunion sich in ihrer Existenz bedroht sehen mussten, schlossen sie sich zusammen, um gemeinsam den Faschismus in Europa zu besiegen. Nachdem dieses Ziel jedoch erreicht war, gab es keine weiteren Gemeinsamkeiten zwischen den Siegermächten. Die Gegensätze zwischen den bereits zuvor erklärten gesellschaftlichen Ansichten traten zunehmend wieder in den Vordergrund. Hatten sie noch auf der Potsdamer Konferenz Zusammenhalt demonstriert, so sah die Situation ein wenig später ganz anders aus. Keiner der Siegermächte zog mehr am selben Strang wie die anderen und somit sind alle an der Teilung Deutschlands beteiligt gewesen.

Beginnen wir nun zunächst mit dem wohl wichtigsten Ziel der Alliierten - der Entnazifizierung Deutschlands, also der Befreiung von Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Jurisdiktion und Politik von Personen, die Teil des Naziregimes waren. Schon hier wird die Uneinigkeit der Alliierten deutlich, da sie je nach ihrer Zone unterschiedlich handelten und Deutschland eben nicht, wie im Potsdamer Abkommen beschlossen, als ein Ganzes behandelten. Es gab insgesamt 4 Zonen, welche alle infolge der Dezentralisierung eingerichtet wurden. Lediglich im Kriegsverbrecherprozess von Nürnberg gingen die Siegermächte noch gemeinsam gegen die Nazis vor. Während in den westlichen Besatzungszonen die Täter mittels Fragebögen ermittelt werden sollten, wurde in der sowjetischen Zone konsequent gegen ehemalige und potentielle Nazis vorgegangen. Dort wurden sie in sogenannte Speziallager gesperrt, wobei sich hier jedoch auch unschuldige und unbequeme Personen unter den Häftlingen befanden. Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone kann man deswegen einerseits als wohl konsequenteste, andererseits auch als schnellste bezeichnen. Neben der personellen Entnazifizierung kam es mit der Bodenreform jedoch zusätzlich noch zu einer strukturellen Entnazifizierung, welche durch Enteignung von Land oder Betrieben ehemaliger Nazis und deren Überführung ins Volkseigentum geprägt war. Bei den westlichen Besatzungszonen hingegen konnte man beobachten, dass das Interesse an der Entnazifizierung mit der Zeit spürbar zurückging. In der britischen Zone wurden beispielsweise nur 24.200 von circa 5 Millionen Nazis verurteilt. Dieser Konsequenznachlass ist auf den, nach dem 2. Weltkrieg immer mehr aufkommenden, Kalten Krieg zurückzuführen, mit welchem der Ostblock mehr und mehr ins Blickfeld der Westmächte rückte. Die westlichen Besatzungsmächte waren sich deswegen einig, ihre Besatzungszonen – die spätere Bundesrepublik

– zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus einzurichten. Deswegen wurde der Entnazifizierung nicht mehr die Bedeutung beigemessen wie sie es noch beim Potsdamer Abkommen beschlossen hatten, was schließlich zu mehreren fragwürdigen Entscheidungen, wie beispielsweise der Berufung ehemaliger Nazis in Ministerämter (Hans Globke, Theodor Oberländer, ...) unter Kanzler Adenauer, führte.

Ebenfalls auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die Siegermächte auf Demontagen, also den Abbau von Fabrikanlagen, aus Deutschland verständigt. Besonders die Sowjetunion und Frankreich waren auf diese angewiesen, da der Krieg zu großen Teilen auf ihrem Gebiet ausgetragen wurde und dort ganz bewusst Industrieanlagen zerstört wurden, also die „Taktik der verbrannten Erde“ ganz bewusst praktiziert wurde. Die USA hingegen hatten „nur“ materielle und personelle Schäden zu verbuchen. Deswegen waren sie nicht so stark auf die Demontagen angewiesen und waren damit auch die ersten, die, mit dem Ende der Demontagen, gegen das Abkommen von Potsdam verstießen. Dies erwirkten sie durch die Einführung des Marshallplan, welcher einen hohen wirtschaftlichen Aufschwung für die westlichen Besatzungszonen bedeutete, währenddessen die UdSSR auf den Demontagen bestand. Durch diese unterschiedliche Ausgangsposition trugen die Ostdeutschen nicht nur einen Großteil der Reparationslasten, sie konnten nie das wirtschaftliche Niveau des Westens erreichen. Zwar wurden auch der Ostzone finanzielle Hilfen angeboten, da jedoch Stalin eine Gefahr darin für seinen Einfluss in Europa sah, mussten die Verhandlungen schließlich abgebrochen werden. Ebenfalls wurde von den westlichen Mächten zuerst eine neue Währung in ihrem Teil Deutschlands eingeführt – die DM, die spätere Währung der BRD. Dies war ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Spaltung Deutschlands, da sie gegen das Potsdamer Abkommen verstieß. Sie wurde am 20. Juni 1948 in der Trizone und drei Tage später auch in den drei Westsektoren Berlins durch die Währungsreform von 1948 eingeführt und löste somit die Reichsmark als gesetzliche Währungseinheit ab. Als Reaktion darauf führte die SMAD in ihrer Zone ebenfalls eine neue Währung ein, die zunächst ebenfalls die Abkürzung DM besaß. Es gab nun 2 Währungen in Deutschland, gültig je nach dem in welchem Teil des Landes man sich befand. Darüber hinaus etablierten sich seit der Einführung des Marshallplanes zunehmend unterschiedliche Wirtschaftssysteme in den zwei Zonen. Wieder war diese Entwicklung maßgeblich durch die Siegermächte bestimmt. So etablierte sich in der Trizone, welche durch die kapitalistischen Länder USA, Großbritannien und Frankreich besetzt war, eine Form der Marktwirtschaft, währenddessen sich im Ostteil des Landes die, von der Sowjetunion praktizierte, Zentralverwaltungswirtschaft durchsetzte.

Auch bei dem Punkt Demokratisierung der Deutschen gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten, wieder bedingt durch die unterschiedlichen Gesellschaftsvorstellungen zwischen UdSSR und USA. Es war von vornherein klar, dass Stalin nie und nimmer einer Demokratisierung seiner Zone zustimmen würde. Umso größer war die Verwunderung, dass bereits kurze Zeit nach Kriegsende am 10.06.1945 von der SMAD antifaschistische Parteien und Gewerkschaften zugelassen wurden. Die KPD übernahm jedoch bald die Führungsrolle in der Ostzone. Sie schloss sich mit den anderen Parteien zum Antifa-Block und später dann zur „Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“ zusammen. Desweiteren wurde der neu gegründete ostdeutsche Staat „Deutsche Demokratische Republik“ genannt, was noch einmal das Ziel eines demokratischen Staates verdeutlichen sollte. Nach der Fusion von KPD und SPD zur SED gelangte diese zu einer absoluten Mehrheit in der Volkskammer. Im Laufe der Zeit schaffte es die SED die Oppositionsparteien in Blockparteien umzugestalten und somit gab es dann, trotz Mehrparteiensystem, keine echte Opposition mehr. Schritt für Schritt wurde die viel propagierte „Demokratie“ abgebaut. Es gab zwar noch regelmäßig Wahlen, die Bürger konnten den Wahlvorschlägen jedoch nur zustimmen, ein ungültiger Stimmzettel wurde automatisch als eine Zustimmung gewertet. Diese Entwicklung war maßgeblich von der Sowjetunion, also von Josef

Stalin geleitet worden. Hätte es eine richtige Demokratie gegeben, wäre der Einfluss des Diktators auf Deutschland gefährdet gewesen. Genauso wie die UdSSR bemüht war in ihrer Besatzungszone ihr politisches System zu installieren, so bemüht waren auch die Westmächte in ihrem Teil das politische System voranzubringen, welches in ihren Ländern praktiziert wurde. Hier wurden die Parteien etwas später als in der SBZ zugelassen. Als letzte Macht ermutigte schließlich Frankreich die politischen Kräfte in seiner Besatzungszone zur Parteiengründung. Die Sozialdemokraten widersetzten sich unter Führung ihres in Hannover lebenden Vormanns Kurt Schumacher der Einverleibung durch die Kommunisten; letztere verloren Anfang der 1950er Jahre massiv an Stimmen. Die CDU konnte sich in fast allen Ländern als breite Sammlung von Christen, Konservativen, Nationalbewussten, aber auch Liberalen etablieren, seit 1950 auch als Bundespartei. In Bayern kam es zu einer eigenständigen Partei namens CSU, die mit der CDU auf Bundesebene seither eine gemeinsame Fraktion bildet. Die West-Liberalen versuchten noch 1947/1948 erfolglos, mit den Liberalen des Ostens eine gemeinsame Partei zu errichten. Aufgrund der unterschiedlichen Parteienlandschaft in Ost und West war die Spaltung Deutschlands zwangsläufig. Diese Situation wurde mit dem KPD-Verbot von 1956 in Westdeutschland noch verstärkt.

Mit der Zusammenführung der Besatzungszonen, zunächst 1947 zur Bizone, ein Jahr später dann zur Trizone konnten auch die Parteien stärker überzonal zusammenarbeiten. Die Verfassung des neuen Weststaats, das Grundgesetz vom Mai 1949, erwähnte die Parteien positiv als Mitgestalter der politischen Meinungsbildung. Dieses Grundgesetz wurde in einem eigens dafür eingerichteten Gremium, dem Parlamentarischen Rat, ausgearbeitet. Oberstes Ziel des Gremiums war es, durch eine Verbesserung der Verfassung ein 2. Weimar zu verhindern. Des Weiteren sollte es sich bei dem Grundgesetz lediglich um eine vorläufige Verfassung handeln, das Ziel der Wiedervereinigung war also noch vorhanden. Die Erarbeitung dieser Verfassung verlief ohne größeres Einwirken der Westmächte, sie musste lediglich noch durch die Militärgouverneure genehmigt werden. Dies geschah am 12.05.1949 und nur 11 Tage später trat sie dann in Kraft. Es kam zu demokratischen Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag und mit dem Zusammentreffen dieses am 07.09.1949 war die Bundesrepublik Deutschland gegründet. In der SBZ dauerte es noch fast einen Monat ehe sich dort der 2. Staat – die DDR – gründete. Diese Gründung war jedoch weit mehr von Stalin und der Sowjetunion gelenkt worden, als das bei der BRD und den Westmächten der Fall gewesen war.

Diese unterschiedliche Behandlung der Deutschen führte dazu, dass sich Deutschland nicht einheitlich entwickelte. Die beiden 1949 entstehenden Staaten hatten sich in den vier Jahren als Besatzungszonen völlig unterschiedlich, teilweise gegensätzlich entwickelt.

Ihre Einbindung in die zwei Systeme führte zu einer jahrzehntelangen unterschiedlichen Lebensweise in allen Bereichen. Abschließend lässt sich sagen, als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, die Teilung des Landes bereits vollzogen war. Die Mauer machte es lediglich für jeden sichtbar. Grund für die Teilung war der unterschiedliche Umgang der Siegermächte mit Deutschland, bedingt durch die vollkommen gegensätzlichen Gesellschaftsvorstellungen.